Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933
1930

15.10.1930 (No. 240)

Visual Library

Nr. 240 Mittwoch, den 15. Oktober 1930 173. Jahrgang

Expedition: Karl-Friedrich-Straße Nr. 14 Fernsprecher Nr. 953 und 954 Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 3515

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich für den redaktionellen Teil und den Staatsanzeiger: Chefredakteur C. Amend, Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3,25 RM. einschl. Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Rpf.; Samstags 15 Rpf. — Anzeigengebühr: 14 Rpf. für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tariffester Rabatt, der als Kassenrabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karl-Friedrich-Straße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klageerhebung, zwangsweiser Beitreibung und Konkursverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperre, Aussperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfange oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsschluß erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

Amtlicher Teil

Stillegung der Strecke Busenbach-Brötzingen

Der Badische Finanzminister hat nach Benehmen mit dem für die Führung der Aufsicht zuständigen Reichsbevollmächtigten für Privatbahnaufsicht in Karlsruhe auf die Mitteilung der Badischen Lokaleisenbahnen-A.-G. Karlsruhe wegen **Stillegung der Strecke Busenbach—Brötzingen** entschieden, daß er dem Beschluß auf Stillegung **nicht zustimmen** könne, nachdem sich inzwischen die Möglichkeit gezeigt hat, die Gesamtlage des Unternehmens der Bleag durch **Einstellung des städtischen Autoverkehrs Karlsruhe—Rüppurr** zu verbessern und nachdem **noch andere Möglichkeiten** geprüft werden müssen, wie die Lage der Bleag gehoben werden kann.

Der deutsche Außenhandel

1 Milliarde Ausfuhrüberschuß
Januar—September

Für die **ersten neun Monate dieses Jahres** ergibt sich im reinen Warenverkehr bei einer Einfuhr von 8,1 und einer **Ausfuhr** von 9,1 Milliarden Reichsmark (einschließlich der 0,5 Milliarden Reichsmark betragenden Reparationssachlieferungen) ein **Ausfuhrüberschuß von 1 Milliarde Reichsmark.** (Der tatsächliche Ausfuhrüberschuß ist noch etwas höher, da in den Einfuhrzahlen ein Teil der Lagerabrechnungen für das zweite Halbjahr 1929 enthalten ist.) Gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres, für den die Handelsbilanz mit einem Einfuhrüberschuß von 140 Mill. Reichsmark abgeschlossen hatte, ist der **Wert der Einfuhr um 2 Milliarden, der Wert der Ausfuhr um 890 Mill. Reichsmark zurückgegangen.**

Der **Wertrückgang** sowohl der Einfuhr als auch der Ausfuhr beruht zu mehr als der Hälfte des Betrages auf dem **Rückgang der Preise**; bei der Einfuhr ist der Wertrückgang zu 57 v. H., bei der Ausfuhr zu 62 v. H. durch die Preisgestaltung bedingt, wie ein Vergleich der Wertergebnisse für 1930, und zwar einmal der tatsächlichen Werte, ferner der auf der Grundlage der Vorjahrswerte errechneten Werte mit den Wertergebnissen für 1929 ergibt.

Innerhalb der **Einfuhr** beträgt der Rückgang bei den Rohstoffen und halbfertigen Waren 1088 Mill. Reichsmark; hiervon entfallen 660 Mill. Reichsmark = 60 v. H. des Wertrückgangs auf die Rückbildung der Preise. Die Einfuhr von Lebensmitteln und Getränken hat um 571 Mill. Reichsmark abgenommen; an diesem Betrage haben die Preisrückgänge einen Anteil von 399 Mill. Reichsmark = 70 v. H. des Wertrückgangs. Einen wesentlich geringeren Anteil (85 Mill. Reichsmark = 25 v. H. des Wertrückgangs) haben die rückläufigen Preise an der 340 Mill. Reichsmark betragenden Abnahme des Einfuhrwerts der Fertigwaren.

Innerhalb der **Ausfuhr** verzeichnen die **Fertigwaren** als die bedeutendste Warengruppe den **stärksten Rückgang,** und zwar in Höhe von 472 Mill. Reichsmark; von diesem Betrag entfallen 255 Mill. Reichsmark = 54 v. H. des Wertrückgangs auf die Preisrückgänge. Die Ausfuhr von Rohstoffen und halbfertigen Waren, die zum Teil nur eine Wiederausfuhr eingeführter Erzeugnisse darstellt, hat gegenüber dem Vorjahrsabschnitt um 308 Mill. Reichsmark abgenommen; 191 Mill. Reichsmark = 62 v. H. der Abnahme des Ausfuhrwerts entfallen bei dieser Warengruppe auf die Preissenkungen. Den stärksten Anteil (64 v. H. = 88,6 Mill. Reichsmark) haben die niedrigeren Preise an dem 138 Millionen Reichsmark betragenden Rückgang des Ausfuhrwerts der Lebensmittel und Getränke.

Die Höhe der **Gesamteinfuhr** im reinen Warenverkehr steht mithin an den tatsächlichen Werten gemessen um 20 v. H., am Volumen gemessen um 9 v. H. hinter den Ergebnissen in den ersten 9 Monaten des Vorjahres zurück. Die **Ausfuhr** einschließlich der Reparationssachlieferungen bleibt dem Werte nach um 9 v. H., dem Volumen nach nur um 3,4 v. H. hinter den Vorjahrsergebnissen zurück.

*

Der Außenhandel im **September** schließt mit einem **Ausfuhrüberschuß** von 264,6 (August 175) Mill. Reichsmark im reinen Warenverkehr ab.

Die **Ausfuhr** hat die vorwiegend jahreszeitlich begründete Aufwärtsentwicklung der letzten Monate (die Ausfuhr pflegt regelmäßig von Juli bis Oktober anzusteigen) im September fortgesetzt; durch eine weitere Zunahme um 30,8 Mill. Reichsmark ergibt sich für den Berichtsmonat ein Ausfuhrwert von einer vollen Milliarde (1000,1 Mill. Reichsmark), an der die Reparationssachlieferungen einen Anteil in Höhe von 61,8 Mill. Reichsmark (August 52 Mill. Reichsmark) haben. Die **Einfuhr** (736,5 Mill. Reichsmark) ist gegenüber dem Vormonat um 59 Mill. Reichsmark geringer ausgewiesen. Das Ausmaß des Einfuhrrückganges erklärt sich zum Teil dadurch, daß die Anschreibungen aus den Lagerabrechnungen im September 27,4 Mill. Reichsmark weniger als im August betragen. Ein weiterer Teil ist saisonmäßig bedingt.

An der Zunahme der Ausfuhr sind in erster Linie die Fertigwaren beteiligt, deren Absatz gegenüber dem Vormonat um 22,8 Mill. Reichsmark gestiegen ist. Insbesondere verzeichnen eine höhere Ausfuhr die Textilwaren (plus 10,8 Mill. Reichsmark).

Die Ausfuhr von Rohstoffen und halbfertigen Waren weist mit einer Zunahme von 10 Mill. Reichsmark eine Steigerung auf, an der namentlich Steinkohlen (plus 5,1 Mill. Reichsmark) und schwefelsaures Ammoniak (plus 3,5 Mill. Reichsmark) beteiligt sind.

Letzte Nachrichten

Vor der Präsidentenwahl im Reichstag

Vizepräsident voraussichtlich ein Nationalsozialist

VDZ. Berlin, 15. Okt. (Tel.) Im Reichstag hielten am heutigen Mittwoch vormittag fast alle Fraktionen Sitzungen ab, um sich über ihre Haltung bei der nachmittags erfolgenden Wahl des Reichstagspräsidenten schlüssig zu werden. Nachdem die Bemühungen des Alterspräsidenten Herold, die Kandidaturfrage mit den Fraktionsführern zu klären, gescheitert waren, fanden am Dienstagabend noch Besprechungen zwischen Vertretern der verschiedenen bürgerlichen Parteien über die Kandidatur Scholz statt. Diese bildeten nun den Gegenstand der heutigen Fraktionssitzungen.

Die Nationalsozialisten haben gestern erklärt, daß sie, entgegen anderslautenden Gerüchten, durchaus für Innehaltung der Geschäftsordnung eintreten werden. Nach dieser Erklärung dürfte die Wahl eines nationalsozialistischen Vizepräsidenten gesichert sein, da Zentrum und Bayr. Volkspartei ihre Stimmabgabe für einen nationalsozialistischen Vizepräsidenten von dieser Erklärung abhängig gemacht hatten.

Über die Frage der Wahl des Reichstagspräsidenten kann zur Zeit noch nichts Genaues gesagt werden.

Für 13 Uhr ist der neue Ältestenrat einberufen, um die endgültigen Dispositionen für die Reichstagssitzungen der nächsten Tage zu treffen.

Streikbeginn in der Berliner Metallindustrie

126000 Arbeiter im Ausstand

CNB. Berlin, 15. Okt. (Priv.-Tel.) Die Belegschaften der am Berliner Metalltarifvertrag beteiligten Betriebe sind der gestern ausgegebenen Streikparole nahezu einheitlich gefolgt. Wie wir erfahren, sind bis zur Mittagsstunde rund 126 000 Metallarbeiter in den Ausstand getreten. Im Einverständnis mit den beteiligten Gewerkschaften sind lediglich die über 60 Jahre alten Arbeiter und die Kriegsbeschädigten in den Fabriken geblieben.

Der Deutsche Metallarbeiterverband hatte, um den demonstrativen Charakter des Streiks zu betonen, seine Mitglieder angewiesen, morgens zur gewohnten Zeit in die Betriebe hineinzugehen und bis zur **Frühstückspause zu arbeiten.** Um 9 Uhr vormittags sollte dann überall die Arbeit aufgegeben werden. Nach den bisher vorliegenden Meldungen hat sich der Beginn des Streiks ohne Reibungen oder Zwischenfällen vollzogen. Die **Kommunisten** versuchten allerdings, an einigen Stellen vorzugreifen. Die Polizei hatte jedoch stärkere Patrouillen entsandt, die die Eingänge der größeren Firmen zu bewachen hatten, und die Beamten verhinderten die Kommunisten an der Durchführung ihrer Absichten.

In dem größten Berliner Metallbetrieb, bei **Siemens,** ist die Lage zur Zeit noch nicht völlig klar. Auch hier hat ein Teil der Arbeiterschaft heute morgen die Werke verlassen, doch dauert der Abmarsch der Streikenden aus der Fabrikstadt zur Stunde noch an. Erst am Nachmittag wird es sich übersehen lassen, ob die Zahl der **Arbeitswilligen,** die bei Siemens erfahrungsgemäß immer sehr groß ist, ausreichen wird, um die Werke wenigstens zum Teil aufrechterhalten zu können.

Der Allgemeine Freie Angestelltenbund, in dem die Mehrzahl der in der Berliner Metallindustrie beschäftigten **Angestellten** organisiert ist, hat seine **Solidarität** mit den Streikenden erklärt. Dem Ortskartellvorsitzenden ist Vollmacht zur Durchführung etwa notwendig werdender Maßnahmen erteilt worden.

Wie wir weiter erfahren, wird der Verband der Berliner Metallindustriellen heute nachmittag um 3 Uhr zusammentreten, um zur Lage Stellung zu nehmen. In unterrichteten Kreisen wird, wie schon gesagt, erwartet, daß der Verband seinen Mitgliedern die Annahme des von den Arbeitnehmern abgelehnten Schiedsspruches empfehlen wird.

Angeblicher Attentatsplan gegen Pilsudski

WTB. Warschau, 15. Okt. (Tel.) Im Zusammenhang mit der Aufdeckung eines **angeblichen Attentatsplanes** gegen den Marschall Pilsudski kam es in verschiedenen Orten Polens zu **Kundgebungen für Pilsudski** und gegen die Sozialisten. In **Czenstochau** wurde dabei das sozialistische **Parteilokal** verwüstet. Gestern wurden mehrere weitere **sozialistische Abgeordnete** des bisherigen Parlaments und andere Funktionäre der Partei **verhaftet.** Ein Aufruf des sozialistischen Parteivorstandes, der die Legalität der sozialistischen Politik betont, und im „Robotnik" veröffentlicht werden sollte, wurde von der Zensur unterdrückt. In dem Aufruf wurde außerdem der angebliche **Attentatsplan** im Zusammenhang mit der Tätigkeit **bezahlter Provokateure** gebracht.

*Um den Reichstagspräsidenten

Wir haben von vornherein damit gerechnet, daß die **Wahl des Reichstagspräsidenten** zu einer **hochpolitischen Angelegenheit** werden würde, zumal nachdem die Nationalsozialisten die Forderung erhoben hatten, daß entsprechend dem Ausgang der Reichstagswahl ein **nichtsozialistischer Präsident** gewählt werde. Dieser Forderung stand der bisherige Brauch entgegen, nach welchem die stärkste Partei den Präsidenten zu stellen hat. Geschäftsordnungsmäßig ist dieser Brauch nicht festgelegt. An und für sich kann der Reichstag wählen, wen er will. Daß man unter Umständen geradezu gezwungen sein könnte, von jenem Brauch abzuweichen, beweist eine sehr einfache Erwägung, nämlich die, daß es wohl nicht angehen würde, einen Kommunisten zum Präsidenten zu wählen. Warum soll sich aber die Entwicklung der nächsten Zeit nicht in der Weise vollziehen, daß bei einer allgemeinen Umschichtung der Kräfte die Kommunisten an Stelle der Sozialdemokraten die stärkste Partei werden?

In der Tat handelt es sich denn wohl auch bei der Einstellung der einzelnen Parteien zur Reichstagspräsidentenwahl weniger um Theorien als um ganz bestimmte **praktische Ziele und Erkenntnisse.** Es ist doch ganz selbstverständlich, daß die Ablehnung Löbes, die geflissentliche Ignorierung des bisherigen Brauchs der Partei, die darunter zu leiden hätte, also der **Sozialdemokratie,** als eine Art Kampfansage, als eine Art **Achtung** erscheinen müßte. Und man kann es durchaus begreifen, daß alle die Parteien, die von einer solchen Politik nichts wissen wollten, für Löbe eintreten wollen. Noch bis vor kurzem hat es geheißen, man könnte nicht auf die Dauer gegen oder ohne die Sozialdemokratie regieren. Nun soll auf einmal dieser Grundsatz verabschiedet werden, und zwar in einer Form, welche nicht bloß das Regieren **ohne** die Sozialdemokratie, sondern auch das Regieren **gegen die Sozialdemokratie** geflissentlich unterstreicht.

Das wäre allerdings ein Vorgang von großer innerpolitischer Bedeutung. Er würde die **Gegensätze außerordentlich verschärfen.** Die einen befürchten von einer solchen weiteren Verschärfung das Allerschlimmste für unser Volk, die andern erblicken gerade darin die Rettung. Die Auffassung der **andern** ist neuerdings in einem Schreiben dargelegt worden, welches die Abgeordneten **Hugenberg** und **Oberfohren** im Namen der **deutschnationalen Fraktion an den Reichskanzler gerichtet haben.**

Wir haben es hier mit einem außergewöhnlichen Schritt zu tun. Und man kann es verstehen, daß die Öffentlichkeit diesem Schreiben besondere Aufmerksamkeit schenkt. Es gipfelt in der in dringendster Form vorgebrachten Anregung, das **Zentrum möge die Verbindung mit der Sozialdemokratie in Preußen lösen,** und in der Erklärung, daß die Deutschnationalen zur **Beteiligung an einer Regierung „nicht marxistischer" Art bereit wären.** Für die Deutschnationalen ist die Politik eines solchen „nichtmarxistischen" Kabinetts nur vorstellbar unter gleichzeitiger Aufkündigung der bisherigen Koalition in Preußen. Die **Deutschnationalen** machen sich also nochmals zu Wortführern jener Strömungen, welche eine **völlige Ausschaltung** der Sozialdemokratie aus allen Machtposten im Reich und in den Ländern herbeiführen wollen. Die heutige Reichstagspräsidentenwahl wird zeigen, **wie tief diese Strömung geht.**

Nach den bis heute vormittag vorliegenden Meldungen war die **Gruppierung** einstweilen so, daß **für** die Kandidatur der **nichtsozialistischen** Parteien, die dazu bestimmt ist, Herrn Löbe und die Sozialdemokratie auszuschalten, also für Dr. Scholz, die Deutschnationalen, die Nationalsozialisten, die Deutsche Volkspartei und die Partei des Landvolks und der Konservativen eintreten wollten. Das macht zusammen 207 Stimmen. Für **Löbe** werden nach den bisherigen Fraktionsbeschlüssen stimmen: die Sozialdemokraten, das Zentrum, die Bayerische Volkspartei und die Demokraten. Das sind 244 Stimmen. **Fraglich** ist bis zur Stunde die Haltung des **Christlich-Sozialen Volksdienstes** (14 Abgeordnete), der **Deutschen Bauernpartei** (6) und der **Wirtschaftspartei** (23). Das sind zusammen 43 Stimmen. Wenn diese 43 Stimmen für Dr. Scholz abgegeben werden, würde er mit schwacher Mehrheit gewählt sein. Es wird nun aber gemeldet, daß zum mindesten bei der Bauernpartei und bei dem Volksdienst die Neigung bestehe, **für** Löbe zu stimmen.

Dann wäre seine Wiederwahl gesichert. Erster Vizepräsident würde dann ein Vertreter der zweitstärksten Fraktion, also der nationalsozialistischen, werden.

Unter **allen Umständen** wird die heutige Wahl politisch **sehr** bedeutsam sein. Sie wird zu ganz bestimmten Rückschlüssen Anlaß geben. Sie wird zeigen, welche Parteien um jeden Preis **gegen** die Sozialdemokratie regieren wollen, und welche Parteien bei aller Durchführung einer Politik, die augenblicklich den Wünschen der Sozialdemokratie nicht entspricht, doch darauf halten, die Brücke **zu ihr nicht ganz abzubrechen.**

Die Gerechtigkeit erfordert übrigens in diesem Zusammenhang eine Feststellung, nämlich die, daß, wenn man die deutsche Politik der letzten sechs Jahre kritisiert, man **nicht allein die Sozialdemokratie** für deren Fehler verantwortlich machen darf, sondern die Verantwortung **allen den Parteien aufzuladen hat, die in diesen sechs Jahren in der Reichsregierung gesessen haben.** Und zu diesen Parteien gehören auch die **Deutschnationalen!** Die Gesetzgebung des Jahres 1927 ist von einem stark deutschnational beeinflußten Kabinett gemacht worden. Man sollte diese Tatsachen nicht vergessen! Und am besten wäre sicherlich, wenn **alle** die Parteien, die aus diesen oder jenen Gründen in den letzten sechs Jahren gelegentlich daneben gegriffen haben, **sich jetzt unter der Führung Brünings zusammentun würden, um die notwendigen Korrekturen auf der ganzen Linie durchzuführen.** Eine solche Politik ist ganz zweifellos das, was dem Reichskanzler Dr. Brüning als Leitmotiv seines Handelns vorschwebte.

Die **Wirtschaftspartei** hat inzwischen beschlossen, daß Dr. **Bredt** als „Minister ohne parteipolitische Bindung" im Kabinett verbleiben könne. Sie hält aber nach wie vor an ihrer Forderung der Umbildung des Kabinetts fest und behält sich „der Reichsregierung gegenüber **nunmehr völlig** freie Hand vor".

Durch den ausgebrochenen **Metallarbeiterstreik** hat sich die innerpolitische Situation in Berlin gewiß nicht verbessert. Die Arbeitnehmer sind, wie die bisherigen Abstimmungen in den Betrieben ergeben haben, entschlossen, die Lohnkürzung von 6—8 Proz. nicht hinzunehmen und **in den Streik getreten.** Von der **Schlichterkammer** war bekanntlich der Schiedsspruch auf Lohnkürzung damit begründet worden, daß eine Lohnsenkung erforderlich sei, um die **Gestehungskosten der Wirtschaft zu senken,** und **damit** der immer mehr um sich greifenden **Arbeitslosigkeit zu steuern;** es sei sozialpolitisch richtiger, Löhne, die in Zeiten eines guten Geschäftsganges festgesetzt seien, zu senken, **als durch Festhalten an dem bisherigen Lohnniveau die Krise zu verschärfen und weitere Arbeitskräfte der Arbeitslosigkeit anheimfallen zu lassen.** Die **Arbeitgeber** haben inzwischen den Schiedsspruch akzeptiert. Sie befürchten, wie sie erklärten, den Ausbruch eines Streiks nicht, da sie ohnehin so gut wie **unbeschäftigt** seien. Jedenfalls wird durch den Streik das ganze Elend unserer bisherigen Wirtschafts- und Sozialpolitik offenkundig.

Quertreibereien in Oesterreich?

WTB. **Wien,** 15. Okt. (Tel.) Das „Neue Wiener Journal" befaßt sich mit der Meldung eines reichsdeutschen Blattes über die Unterredungen Dr. **Seipels** mit dem französischen Handelsminister **Flandin,** wobei letzterer angeblich versucht haben soll, die Wiener Regierung für die **Angliederung Österreichs** an einen **mitteleuropäischen, antideutschen Wirtschaftsblock** zu gewinnen.

An Wiener Stellen wird diese Nachricht als unbegründet bezeichnet. **Flandin** hat heute nacht vor seiner Abreise von Budapest nach Belgrad dem Vertreter des „Neuen Wiener Journals" in Budapest zu dieser Angelegenheit erklärt: Ich habe mit Außenminister Seipel und den anderen Mitgliedern des Kabinetts anläßlich seiner Anwesenheit in Wien sehr eingehende Verhandlungen gepflogen. Aber es ist mir nicht im Traum eingefallen, die österreichische Regierung dafür gewinnen zu wollen, einem gegen Deutschland gerichteten Wirtschaftsblock beizutreten.

Hearst über Frankreich

WTB. **New York,** 15. Okt. (Tel.) Nach einer Meldung der Associated Preß aus Los Angelos erklärte der Zeitungskönig Randolph **Hearst** in einer Rede, die er bei einem ihm zu Ehren von der Stadtbehörde und der Geschäftswelt gegebenen Bankett hielt, über seine **Ausweisung aus Frankreich.** Aus zwei Gründen hege Frankreich eine **Abneigung gegen Amerika.** Es habe nämlich den **Krieg nur mit amerikanischer Hilfe zu gewinnen vermocht** und es wolle die **Schulden,** die es an Amerika habe, **nicht zurückzahlen.** Frankreich verachte außerdem Rußland und hege einen Widerwillen gegen Italien, Deutschland, Österreich und Ungarn, während es Europa unter dem eisernen Druck seiner Kriegsmaschine halte.

Neuordnung in der Badischen Kunsthalle

Durch die Entleihung einer größeren Anzahl von Historienbildern nach Schloß Rastatt, und durch die Renovierung mehrerer bisher als Magazin dienender Räume ist im Erdgeschoß der Badischen Kunsthalle eine Flucht von 5 Sälen neu benutzbar geworden. Hierdurch ist die **Neuordnung fast der gesamten neueren Abteilung der Galerie** ermöglicht worden. Im Erdgeschoß rechts befinden sich jetzt die Werke der badischen Schule, etwa von 1890 bis 1910: ein Saal mit Werken der badischen Historienmalerei und ein Raum für neuere Plastik schließen sich an und bilden den Zugang zum Hans-Thoma-Museum. Werke von Liebermann und Corinth haben einen Raum im zweiten Stock des Thomabaues erhalten; im dritten ist die zeitgenössische badische und außerbadische Produktion neu dargestellt. Anläßlich dieser Neuordnung wurde von Freunden der Galerie eine Reihe wertvoller Leihgaben an Bildern von Schmid-Reutte, Corinth, Hodler, Nolde, Utrillo und Kokoschka vorübergehend zur Verfügung gestellt.

Professor Dr. Dragendorff 60 Jahre alt. Seinen 60. Geburtstag kann am heutigen Mittwoch der Rektor der Universität Freiburg, Professor Dr. **Hans Dragendorff** begehen. Der Jubilar ist seit 1922 als ordentlicher Professor für klassische Archäologie an der Freiburger Universität tätig.

Die Berliner Ausschreitungen

Ruhestörer vor dem Schnellrichter

Der Berliner Schnellrichter hat heute nacht nach 2 Uhr das **Urteil** in dem Verfahren gegen die Berliner Ruhestörer am Montag gefällt. Es wurden Strafen von 6 Monaten bis zu 3 Monaten ausgesprochen. Es befinden sich darunter zwei Jugendliche von 17 Jahren, und zwar ein Schüler, der die Untersekunda des Werner-Siemens-Gymnasiums besucht, und ein Lehrling. Unter den Angeklagten befinden sich zahlreiche Arbeitslose, bis auf vier sind sie sämtlich unbestraft.

Der Staatsanwalt formulierte die Anklage gegen sämtliche Angeklagten auf Landfriedensbruch, Bannkreisverletzung und Widerstands gegen die Staatsgewalt gegen einen großen Teil der Angeklagten tätliche Beleidigung gegen Polizeibeamte, Zivilpersonen und gegen einen von ihnen wegen Körperverletzung und Verstoß ggen die Verordnung des Reichspräsidenten über den Waffenbesitz.

Die meisten erklärten, daß sie lediglich am Reichstag den Aufmarsch der Abgeordneten sehen wollten, von der Polizei zurückgedrängt und dann durch Zufall in den Menschenstrom und in die Innenstadt hineingeraten wären. Bezüglich ihrer Parteizugehörigkeit bekannten sich 5 Angeklagte als Mitglieder bezw. Sympathierende der NSDAP, während die meisten sich als parteilos bezeichneten. Einer gab an, mit der KPD. zu sympathisieren.

Polizeimajor **Heinrich,** der das Kommando über die polizeilichen Absperrungsmaßnahmen in der Umgegend des Reichstags hatte, erklärte, daß die Polizei die Gegend wiederholt räumen mußte, da sich immer wieder Menschenmassen ansammelten, die nach ihrem Rufen hauptsächlich Nationalsozialisten gewesen seien. Schon am Brandenburger Tor seien die Polizeibeamten aus der Menge mit Steinen beworfen worden. Nachmittags und abends hätten sich die Ausschreitungen verschärft und bis in die Innenstadt hineingezogen. Die Polizei habe den Eindruck erhalten, daß in der ganzen Sache System lag, da die Menge äußerst renitent war und sicherlich von besonderen Kräften in der Menge angespornt wurde. Es seien wiederholt Versuche gemacht worden, den Polizeibeamten die Festgenommenen wieder zu entreißen, so daß er selbst den Befehl gegeben habe, rücksichtslos von den Verteidigungsmitteln Gebrauch zu machen.

*

Zu den vom Berliner Polizeipräsidium verbreiteten Mitteilungen über die Rolle des braunschweigischen Staatsministers Dr. **Franzen** im Verlauf der nationalsozialistischen Demonstrationen am 13. Oktober verbreitet die „Braunschweigische Landeszeitung" eine Erklärung des Ministers, wonach er keinerlei Erklärung dahin abgegeben habe, daß Guth Lohse sei, dem Reviervorsteher vielmehr ausdrücklich erklärt, es handle sich nicht um Lohse, sondern um Guth. Er sei allerdings bemüht gewesen, Guth frei zu bekommen, denn er war überzeugt davon, daß Guth mit den Demonstranten nicht das Geringste zu tun hatte. Guth, ein Landwirt aus Schleswig-Holstein, sei nach Berlin gekommen, um Vieh zu verkaufen. Er stelle fest, daß er es war, der Aufklärung darüber schuf, daß man nicht Lohse, sondern Guth vor sich habe. Von einem Strafverfahren gegen ihn wegen Begünstigung sei ihm nichts bekannt.

Erhöhte Alarmbereitschaft für die Berliner Polizei

CNB. **Berlin,** 15. Okt. (Priv.-Tel.) **Die erhöhte Alarmbereitschaft der Berliner Schutzpolizei ist auch für den heutigen Mittwoch aufrechterhalten worden, um so mehr, als heute die verschiedensten Ereignisse zusammentreffen. Der Beginn des großen Metallarbeiterstreiks macht die Bereitstellung von Polizeikräften notwendig, um 11 Uhr begann ferner der Preußische Landtag, dessen Umgebung im Hinblick auf die Vorgänge am Reichstag wieder entsprechend gesichert werden mußten, und für den Nachmittag sind am Reichstag, wo heute die Präsidentenwahl stattfindet, die notwendigen polizeilichen Maßnahmen zu treffen. Wie gestern, so ziehen auch heute die Polizeipatrouillen durch die von den Ausschreitungen am Montag betroffenen Geschäftsviertel, um im Falle neuer Krawalle jederzeit auf dem Plan zu sein. Alle verfügbaren Kräfte der Polizei mußten also für den heutigen Tag bereitgestellt werden.**

In den Vormittagsstunden hatten sich wiederum zahlreiche Neugierige vor dem Reichstag angesammelt, die jedoch von der Schupo zurückgedrängt wurden. Da gegen 13 Uhr die Ansammlungen einen stärkeren Umfang annahmen, wurde eine Abteilung berittener Schutzpolizei eingesetzt. Zu Zwischenfällen ist es bisher nicht gekommen.

Ein Interview mit Hitler

CNB. **London,** 15. Okt. (Priv.-Tel.) Der Berliner „Times"-Korrespondent hatte ein Interview mit Adolf **Hitler,** in dem dieser die Verantwortung der Nationalsozialisten für die **Ausschreitungen am Montag** ablehnte und ferner ausführte, wenn die gegenwärtige wirtschaftliche Lage fortdauere, werde Deutschland vor Ende des Winters wie ein Pulverfaß sein, das von einzigen Funken in die Luft gesprengt werden könne. Die **Mittelparteien** im Reichstag würden hoffnungslos **gespalten** sein und die Welt würde zu wählen haben zwischen einem bolschewistischen und einem nationalsozialistischen Deutschland vor Ende des Winters wie ein Pulverfaß sein, das von einem einzigen Funken in die Luft gesprengt werden könne. privater Verbindlichkeiten ablehnen. Die Unterzeichner des Versailler Vertrages und des Dawesplanes sowie des Youngplanes hätten faule Schecks gegeben. Ein nationalsozialistisches Deutschland würde niemals Schecks unterzeichnen, die es nicht einlösen könne. Es werde die **politischen Zahlungen nicht leisten, weil es sie nicht leisten könne,** aber wie jeder ehrliche Kaufmann wäre es bereit, seine **privaten Anleihen** beim Auslande zurückzuzahlen und alle ihm aus solchen Anleihen erwachsenden Verpflichtungen zu erfüllen.

Entführung des früheren finnischen Staatspräsidenten

WTB. **Helsingfors,** 15. Okt. (Tel.). Der frühere Staatspräsident, Professor **Stahlberg,** und seine Gattin sind gestern vormittag **spurlos verschwunden.** Sie hatten ihre in der Nähe von Helsingfors gelegene Villa verlassen, um einen Spaziergang zu machen. Seitdem wurden sie vermißt. Die Vermutung, daß sie entführt worden sind, hat sich bestätigt. Sie wurden aber heute in früher Morgenstunde in Joensun in Ostfinnland **unverletzt aufgefunden.** Die Entführer sind noch unbekannt.

Verurteilte Kommunisten. In dem Prozeß gegen zehn Kommunisten wegen der Ostervorgänge in **Leipzig** aus Anlaß des kommunistischen Jugendtages, bei denen zwei höhere Polizeibeamte den Tod fanden, erhielten ein Arbeiter **fünf Jahre Zuchthaus,** ein Arbeiter ein Jahr sechs Monate, zwei Arbeiter je ein Jahr drei Monate, zwei Personen je ein Jahr drei Monate und ein Bergmann sieben Monate Gefängnis, drei wurden frei gesprochen.

Aus den Ländern

Parlamentsbeginn in Preußen

Der Preußische Landtag trat nach der Sommerpause **am** Dienstagnachmittag wieder zusammen. Auf der Tagesordnung stand vor allem die Besprechung des **kommunistischen Mißtrauensantrages** gegen das Staatsministerium. Die Aussprache wurde zu Ende geführt, die Abstimmung erfolgt am Donnerstag. Bei der Rede eines nationalsozialistischen Abgeordneten kam es zu einer lärmenden Kundgebung nationalsozialistischer Tribünenbesucher. Sofort setzten bei den kommunistischen Abgeordneten Gegendemonstrationen ein. Der Präsident ließ sofort die Tribünenbesucher aus dem Saale entfernen.

*

Verstaatlichung der städtischen Polizei in der Pfalz. Die ursprünglich für 1. April 1930 angekündigte Verstaatlichung der städtischen Polizei in der Pfalz soll demnächst erfolgen. Ein bestimmter Termin ist jedoch nicht festgesetzt. In Frage kommen die Städte Ludwigshafen, Kaiserlautern, Speyer und Zweibrücken.

Stahlhelm-Volksbegehren in Preußen. Die Bundesleitung des Stahlhelms hat beschlossen, auf Grund ihrer Koblenzer Kundgebung ein Volksbegehren auf Aufhebung des Preußischen Landtags und Änderung der preußischen Verfassung herbeizuführen.

Evangelischer Kirchenvertrag in Preußen. Am Freitag hat das preußische Staatsministerium zu den bisherigen Verhandlungen über den Abschluß eines evangelischen Kirchenvertrags Stellung genommen. Ein formulierter Vertragsentwurf wird den evangelischen Kirchen unverzüglich zugeleitet werden. Es ist die Absicht des Staatsministeriums, die Angelegenheit möglichst bald einer endgültigen Lösung entgegenzuführen.

Keine Auflösung des Anhaltischen Landtages. Das anhaltische Staatsministerium hat auf eine nationalsozialistische Anfrage erklärt, es sei nicht bereit, die Frage der Auflösung des Landtages zum Volksentscheid zu bringen. Den Grundsätzen der Demokratie entspricht es, die verfassungsmäßige Wahlperiode, für die der Landtag vom Volk gewählt ist, nicht ohne zwingenden Anlaß abzukürzen. Als solcher können vorübergehende Wahlerfolge einzelner Parteien bei anderen Wahlen, zumal wenn sie durch besondere Verhältnisse bedingt sind, nicht angesehen werden.

Das Pensionskürzungsgesetz im Reichsrat

Im Reichsrat wurde am Dienstag das **Pensionskürzungsgesetz** mit der verfassungsändernden Mehrheit von 53 Stimmen gegen die 7 Stimmen des Landes Sachsen bei Enthaltung der beiden Stimmen des Landes Thüringen angenommen. Seinen Inhalt bringen wir im heutigen Zentralanzeiger für Beamte.

Der Ausschußberichterstatter betonte, es handele sich um ein **verfassungsänderndes Ausnahmegesetz, das nur für einen bestimmten Zeitraum** gelten würde. Die Ausschüsse haben sich auf **drei Jahre** geeinigt. Die Ausschüsse des Reichsrates waren der Meinung, daß in Landwirtschaft und Unternehmungen investiertes Kapital nicht anzurechnen ist, sondern nur das reine Arbeitseinkommen. Neu eingefügt wurde eine Bestimmung, wonach die Kürzung **auch beim Übergangsgeld der Reichsminister** erfolgt.

Der zweite Abschnitt des Gesetzes betrifft die Höchstpensionen. Da die Ausschüsse keine Möglichkeit fanden, auch die Beamten von **Reichsbahn, Reichsbank** und **Religionsgesellschaften** den Kürzungsbestimmungen direkt zu unterwerfen, so wurde nur eine entsprechende **Ermächtigungsvorschrift** in das Gesetz eingefügt und eine Entschließung angenommen, nach welcher der Reichsrat diese Pensionskürzungen auch bei den Anstalten des öffentlichen Rechts für unbedingt erforderlich erachtet.

Neuregelung der Krisenfürsorge

Der Reichsarbeitsminister hat unter dem 11. Oktober neue **Vorschriften für die Krisenfürsorge** erlassen, die am **3. November 1930** in Kraft treten.

Mit Rücksicht auf die allgemeine Verschlechterung des Arbeitsmarktes soll die Krisenfürsorge in Zukunft wieder den **Angehörigen aller Berufsgruppen** gewährt werden, und zwar in Gemeinden mit über 10 000 Einwohnern ohne besondere Zulassung in den übrigen Gemeinden nach Anordnung der Landesarbeitsämter. Ausgeschlossen sind die Berufsgruppen „Landwirtschaft" mit Ausnahme der landwirtschaftlichen Angestellten. Die bisherigen Zulassungen bleiben bestehen bei den Gemeinden unter 10 000 Einwohnern.

Mit Rücksicht darauf, daß dem Reiche für die Krisenfürsorge nur bestimmte Mittel zur Verfügung stehen, konnten diese Maßnahmen nur durchgeführt weredn, daß **gleichzeitig gewisse Einschränkungen des Personenkreises innerhalb der zugelassenen Gruppen** eine **Verkürzung der Dauer** und eine **Neuregelung der Leistungen** vorgenommen wurde. Arbeitslose unter 21 Jahren können **wie bisher keine Krisenunterstützung** erhalten. Sie wird in Zukunft nur Personen gewährt, die aus der Arbeitslosenversicherung ausgesteuert sind, und zwar erfolgt bei neuen Zulassungen die Aussteuerung nach dem Inkrafttreten der neuen Vorschriften. Die **Höchstdauer** der Unterstützung beträgt 35 oder bei über 40 Jahre alten Personen 42 Wochen. Die wirklich Bedürftigen sollen Unterstützungen, wie sie der Not der Zeit entsprechen, erhalten. Im übrigen ist Vorsorge getroffen, daß sich der Übergang zu der neuen Regelung nach Möglichkeit ohne Härten vollzieht.

Die Gemeindeersatzwahlen im Elsaß

Wie schon mitgeteilt, ist bei den am Sonntag stattgefundenen Gemeindenersatzwahlen keine Entscheidung gefallen. Da durchweg von vier, teilweise von fünf Parteien Kandidaten aufgestellt waren, war es von vornherein so gut wie ausgeschlossen, daß irgendein Kandidat die absolute Mehrheit und damit ein endgültiges Ergebnis schon im ersten Wahlgang erzielte. Die Wahlbeteiligung betrug in Kolmar etwa 75 bis 80 Prozent, in Straßburg infolge eines starken, den ganzen Tag über anhaltenden Regens kaum über 60 Proz.

In den Hintergrund gedrängt ist besonders die Sozialistische Partei, die in Straßburg-West zwei und in Straßburg-Nord ein Mandat zu verteidigen hatte, nun aber in beiden Wahlkreisen nur noch die dritte Stelle behaupten konnte. **Die Autonomistischen Kandidaten** haben durchweg etwa 1000 Stimmen Vorsprung vor den Sozialisten und führen das Rennen in großem Abstand, sowohl im Ostkanton als im Westkanton. Im Nordkanton, in dem hauptsächlich das zugewanderte französische Bevölkerungselement ansässig ist, führt der nationalistische Demokrat, dem der Autonomist mit einem Abstand von rund 800 Stimmen folgt. Vollständig auf der Straße geblieben sind die chauvinistischen Radikalen, die noch einmal versuchten, das bei den letzten Wahlen über sie ergangene vernichtende Volksurteil umzustoßen. Sie erhielten aber in den beiden Kantonen, in denen sie sich hervorwagten, von 7549 abgegebenen Stimmen nur 590 bzw. 512. Die radikale Partei kann damit als endgültig durch die Heimatbewegung zerschlagen angesehen werden.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Badischer Teil

Fastnachtslustbarkeiten 1931

P.A. Im Hinblick auf den Ernst der Zeit und die unvermindert bestehende Notlage des deutschen Volkes hat der Minister des Innern für das Jahr 1931 weitgehende **Einschränkungen der Fastnachtsveranstaltungen** in Aussicht genommen, über die, mehrfachen Wünschen entsprechend, schon jetzt Mitteilung gemacht wird:

Karnevalistische Veranstaltungen jeglicher Art, insbesondere Masken- und Kostümbälle, sind vor dem 17. Januar 1931 (das ist ein Monat vor Fastnacht) und ebenso nach dem Fastnachtsdienstag gänzlich verboten. Ebenso wird jedes Fastnachtstreiben auf öffentlichen Straßen und Plätzen untersagt sein, also insbesondere alle Faschingsauf- und Umzüge sowie jedes faschingsartige Auftreten von Personen auf öffentlichen Straßen und Plätzen. Nicht verwehrt sind die in bestimmten Teilen des Landes üblichen althergebrachten (historischen) Gebräuche besonderen lokalen Charakters, soweit sie sich in der Zeit vom Donnerstag vor Fastnacht bis Fastnachtsdienstag abspielen. Auch soll sich das Verbot nicht auf Kinder unter 14 Jahren beziehen. Bezüglich der Polizeistunde bleibt es auch über die Faschingszeit bei den geltenden Bestimmungen.

Im übrigen werden die Polizeibehörden angewiesen werden, soweit es gesetzlich möglich ist, auf die Einschränkung der Fastnachtslustbarkeiten hinzuwirken sowie dafür zu sorgen, daß auch bei den zugelassenen Fastnachtsveranstaltungen alle Auswüchse unterbleiben, insbesondere, daß die halbwüchsige Jugend sowie Personen, die in ungeeigneter Kleidung erscheinen oder sich unziemlich benehmen, ferngehalten oder entfernt werden.

50 Jahre Handelskammer Freiburg

Die Freiburger Handelskammer kann in diesen Tagen auf ein 50jähriges Bestehen zurückblicken. Wenn man von der jetzigen Rechtsform absieht, so kann man sagen, daß der Freiburger Handel schon seit 250 Jahren eine mit mehr oder weniger großen amtlichen Befugnissen ausgestattete Berufsvertretung hatte, aus der dann durch das Handelskammergesetz von 1880 die jetzige Form der offiziellen Berufsvertretung hervorgegangen ist. Die erste Kaufleutezunft bestand in Freiburg 1302. Sicher ist, daß auch schon vorher Zusammenschlüsse bestanden haben. Während der kriegerischen Verwicklungen des 17. Jahrhunderts sind dann die Zünfte zurückgetreten und erst 1680 kann man erstmals wieder von einer Vertretung des „Breisgauischen Handelsstandes" reden. 1800 umfaßte der Freiburger Handelsstand 21 Mitglieder, und 1835 trat zum erstenmal eine Institution ins Leben, die den Namen „Kammer" trug, die Handelskammer.

Dienstag mittag fand im althistorischen Kaufhaussaale in **Freiburg** ein Festakt statt, zu dem zahlreiche führende Persönlichkeiten des Wirtschaftslebens, sowie Vertreter der Reichs-, Staats- und städtischen Behörden des Kammerbezirks erschienen waren. Die Grüße des badischen Innenministers überbrachte Landeskommissär **Schwörer**, während Oberbürgermeister Dr. **Bender** Wünsche und Grüße der Stadt Freiburg übermittelte. Dann erfolgte die Ehrenpromotion des Präsidenten der Kammer, Kommerzienrat Erich **Schuster**. Prof. Dr. **Merkel**, der Dekan der rechts- und staatswissenschaftlichen Fakultät der Universität Freiburg, gab den Promotionsbeschluß bekannt, Kommerzienrat Schuster wegen seiner Verdienste um das Wirtschaftsleben im ganzen Bezirk, aber auch wegen der Förderung, die der Wissenschaft durch ihn zuteil geworden sei, die Würde eines Dr. rer. pol. h. c. zu verleihen. Namens des deutschen und badischen Industrie- und Handelstages überbrachte der Präsident des badischen Industrie- und Handelstages, Richard **Lenel** (Mannheim), der Kammer zu ihrem Jubiläum und zu der durch die Ehrenpromotion ihr zuteil gewordenen hohen Auszeichnung die besten Wünsche und Grüße.

Der Syndikus der Kammer, Dr. Franz **Kaiser**, hielt einen Vortrag über Wesen und Bedeutung der Handelskammern in Wirtschaft und Staat. Da sie nicht Vertreterin der Arbeitgeber oder Arbeitnehmer, sondern Vertreterin der Unternehmungen sei, so seien die Unternehmer als solche in ihr vertreten. Gegenüber anderen Wirtschaftskörpern fasse sie die gesamte Unternehmerschaft eines lokal begrenzten Bezirks zusammen. Ihre große Stärke liege in dem Recht der Selbstverwaltung, daneben sei sie aber auch, und das in steigendem Maße, Verwaltungsorgan im Auftrag des Staates. — Ein außerordentlich schwieriges Gebiet behandelte Universitätsprofessor Dr. Walter **Mahlberg** unter dem Thema „Planmäßigkeit in der Kalkulationspolitik".

Die Radiumspende des badischen Volkes

P.A. In einem Vortrage, den jüngst Prof. Dr. **Werner** aus Heidelberg auf der Tagung der Badischen Frauenvereine gehalten hat, sagte er u. a.:

„Krebs ist eine Krankheit, für die bei zunehmendem Alter eine größere Empfänglichkeit auftritt, weil die Gewebe weniger widerstandsfähig sind. Die Behandlung des Krebses kann, wenn sie frühzeitig begonnen wird, rasch und einfach erfolgen, in späteren Stadien ist oft Operation nötig oder ein kombiniertes Verfahren von Bestrahlung und Operation; zur Bestrahlung geeignet sind nur Röntgenstrahlen und Radium. Das Radium ist außerordentlich teuer, es muß aber unbedingt in größerer Menge beschafft werden, damit ein konsequenter Kampf gegen die Krebskrankheit durchgeführt werden kann."

Der badische Landesverband zur Bekämpfung der Krebskrankheit führt bekanntlich am **Sonntag, 9. November, eine Straßensammlung**, und in der Woche vom Montag, 10., bis Samstag, 15. November, eine **Haussammlung** durch. Wir machen wiederholt auf diese wichtige Sammlung aufmerksam. Trotz der schweren Zeitverhältnisse dürfen entsprechende Gaben zur Bekämpfung dieser fürchterlichen Krankheit erwartet werden.

Tagungen

Tagung des Badischen Verkehrsverbandes Am Samstag, den 25. Oktober, findet im Hotel Halde auf dem Schauinsland bei **Freiburg** eine Sitzung des erweiterten Landesausschusses des Badischen Verkehrsverbandes statt, bei welcher wichtige Fragen der badischen Fremdenverkehrswirtschaft zur Besprechung kommen.

Badisch-pfälzisches Lehrertreffen. Auf Einladung des Pfälzischen Kreislehrervereins versammelten sich in **Speyer** am Sonntag etwa 200 Lehrer aus der Pfalz, Baden und Hessen zu näherer Fühlungnahme. Am Vormittag besichtigten die Gäste die Sehenswürdigkeiten der Domstadt. Am Nachmittag fand eine Zusammenkunft statt. Oberlehrer **Krebs**, der erste Vorsitzende des Pfälzischen Kreislehrervereins, hielt die Begrüßungsansprache. Auch in den Ansprachen des Oberbürgermeisters **Leiling** und des Landtagsabg. **Hofheinz** kam besonders die Schicksalsgemeinschaft und -verbundenheit im heutigen Grenzland links und rechts des Rheins zum Ausdruck.

2 Monate Gefängnis wegen Beleidigung des Ministers Dr. Remmele

Das **Schöffengericht Karlsruhe** verhandelte am Dienstagnachmittag unter dem Vorsitze des Amtsgerichtsdirektors Dr. **Müller** gegen den 34 Jahre alten verantwortlichen Schriftleiter der „Badischen Zeitung", Walter **Weiß**. Er war beschuldigt, den Minister des Unterrichts und der Justiz, Dr. **Remmele**, dadurch öffentlich beleidigt zu haben, daß er in einem Artikel vom 21. August d. J. das falsche Gerücht wiedergab, der Minister stände in Beziehungen zu einer Frauensperson, der sogenannten „blonden Inge". Da sich der Angeklagte nach Erhebung der Klage alsbald von der Unrichtigkeit dieses Gerüchts überzeugte, brachte er unterm 1. Oktober in seinem Blatte eine öffentliche Ehrenerklärung für den Minister. Da dieser auf den vom Beklagten angeregten Vergleich nicht einging, kam die Sache am Dienstag zur Verhandlung vor Gericht.

Der Erste Staatsanwalt, Dr. **Pfeifer**, führte aus, daß Weiß nur dem Sensationsbedürfnis der Leserschaft mit der Wiedergabe des Gerüchts dienen wollte. (Den Artikel selbst hat Weiß nicht verfaßt.) Es handle sich um eine äußerst schwere Kränkung des Ministers und seiner Familie, und es sei eine exemplarische Strafe am Platze, zumal der Angeklagte bereits zweimal wegen öffentlicher Beleidigung des gleichen Ministers bzw. des Staatsministeriums erheblich vorbestraft sei. — Der Vertreter des Nebenklägers, Rechtsanwalt **Beit**, stimmte dem Staatsanwalt zu, während der Verteidiger, Rechtsanwalt **Schneider**, die Bitte aussprach, von einer Freiheitsstrafe abzusehen.

Das **Urteil** lautete angesichts der Schwere der Beleidigung, die einem an hoher verantwortungsvoller Staatsstelle stehenden Manne zugefügt wurde, und in Würdigung der Tatsache, daß unser politisches Leben verwildert sei, sowie des Umstandes, daß sich Weiß bemüht habe, die Sache in Ordnung zu bringen, auf **zwei Monate Gefängnis**.

Rundfunkvorträge über Berufsberatung

P.A. Das Landesarbeitsamt Südwestdeutschland veranstaltet auch in diesem Winter eine Reihe von Rundfunkvorträgen über die Berufsberatung. Zweck dieser Veranstaltung ist in erster Linie, Eltern und Erziehungsberechtigten sowie Jugendlichen, die vor dem entscheidenden „Schritt ins Leben" stehen, darüber aufzuklären, welche Fragen und Gesichtspunkte bei der Berufswahl vor allem zu berücksichtigen sind. Zugleich sollen sie dazu dienen, weiteren Kreisen von der Tätigkeit der Arbeitsämter auf diesem Gebiete Kenntnis zu geben. Die Vorträge beginnen am 7. November d. J. und finden alle 14 Tage Freitags von 18.05 bis 18.30 Uhr statt. Folgende Themen sollen behandelt werden:

1. 7. November 1930: Was die Berufsberatung will. (Berufsberater Dr. **Widmayer**, Reutlingen).
2. 21. November 1930: Berechtigungswesen und Berufswahl. (Berufsberater **Stäbler**, Reg.-Rat, Stuttgart).
3. 5. Dezember 1930: Die Frau im Berufs- und Wirtschaftsleben. (Berufsberaterin **Koob**, Heidelberg).
4. 19. Dezember 1930: Wirtschaftliche Aufgaben der Berufsberatung. (Berufsberater Dr. **Leidinger**, Mannheim).
5. 2. Januar 1931: Die Berufswahl der Mädchen unter dem Gesichtspunkt der körperlichen Eignung. (Frau Dr. **Edelmann**, Stadtschulärztin, Mannheim).
6. 16. Januar 1931: Handwerker oder Facharbeiter? (Berufsberater **Eckert**, stellv. Vorsitzender des Arbeitsamts Eßlingen).
7. 30. Januar 1931: Der Facharbeiter in der Industrie. (Berufsberater **Friedrich**, Rastatt).
8. 13. Februar 1931: Welche Berufe sind der Volksschülerin zugänglich? (Berufsberaterin **Roß**, Freiburg).
9. 27. Februar 1931: Berufsmöglichkeiten für Schülerinnen mit mittlerer Reife. (Berufsberaterin **Scheible**, Mannheim).
10. 18. März 1931: Die Eignung zum Beruf. (Berufsberater **Wunderlich**, Lörrach).

Die größte Wasserturbine der Welt am Oberrhein

Der Auftrag auf den hydraulichen Teil des **Kraftwerks Albbruck**, bestehend aus drei Kaplanturbinen von je 33 700 PS Leistung, wurde der Firma Escher Wyß & Co. in Zürich übertragen. Jede dieser Turbinen gibt bei Gefällen von 8 bis 11,5 Metern eine maximale Leistung von 33 700 PS, wozu eine Wassermenge von je 291 Kubikmetern per Sekunde konsumiert wird, und sie ist daher imstande, die gesamte Wassermenge, welche der Rhein bei Niederwasser führt, allein auszunutzen.

Diese Maschinen gehören bezüglich der Dimensionen zu den größten bis jetzt gebauten Wasserturbinen der Welt. Sie weisen einen äußeren Durchmesser von zirka 12 Metern auf, während das Laufrad selbst, dessen Flügel hydraulich verstellbar sind und propellerähnliche Formen erhalten, einen solchen von zirka 7 Metern besitzt. Das Gewicht einer Turbine beträgt etwa 700 Tonnen, also 70 normale Eisenbahnwagenladungen. Die Herstellung dieser gewaltigen Turbinen erfordert mehrere Jahre. Erwähnt sei noch, daß die Turbinen in der auf dem rechten Ufer des Rheins liegenden Zentrale zur Aufstellung gelangen, also auf deutschem Gebiete.

Aus den Parteien

Keine bürgerliche Einheitsliste in Heidelberg. Mehrfach war auch in Heidelberg versucht worden, die gesamten bürgerlichen Parteien von den Demokraten bis zu den Deutschnationalen zu einer Einheitsliste zusammenzubringen (unter Umständen auch ohne Zentrum), doch sind diese Verhandlungen jetzt endgültig als gescheitert anzusehen. Man kann deshalb annehmen, daß voraussichtlich mindestens **zehn Wahllisten** erscheinen werden: Nationalsozialisten, Vereinigte bürgerliche Gruppen, Bürgerbund 1930, Volkskonservative Vereinigung, Evangelischer Volksdienst, Deutsche Volkspartei, Zentrum, Demokraten (Staatspartei), Sozialdemokraten und Kommunisten. — Ebenso ist auch in **Mannheim** die Aufstellung einer Einheitsliste gescheitert.

Wetterbericht der Badischen Landeswetterwarte, Karlsruhe. Die allgemeine Wetterlage über Europa ist inzwischen soweit geklärt, daß mit ziemlicher Wahrscheinlichkeit der Abzug der atlantischen Zyklone in nordöstlicher Richtung nach dem Eismeer zu erwarten ist. Der Einfluß des südosteuropäischen Hochdruckgebietes wird daher bei uns anhalten, und wir können auf Fortdauer des trockenen und milden Herbstwetters mit kühlen Nächten rechnen. **Voraussage:** Zeitweise heiter, vorwiegend trocken und tagsüber mild bei leichten südöstlichen Winden, nachts kühl, Hochflächen leichte Strahlungsfröste. — **Wasserstände:** Waldshut 373—14, Basel 196—14, Schusterinsel 265—18, Kehl 417—17, Maxau 687—11, Mannheim 667+1, Caub über 200 Zentimeter.

Zuckerkranke K.596
Verlangt vollständig kostenlose Aufklärung über glänzend bewährte Methode durch **Ph. Hergert, Wiesbaden**, Rückertstr. 208

Aus der Landeshauptstadt

Weihe des Kriegerehrenmals auf dem Kriegerfriedhof

Das von Bildhauer Hermann **Binz** im Auftrage der Stadt für den hiesigen Kiegerfriedhof verfertigte Ehrenmal ist an Ort und Stelle aufgestellt worden. Am Allerseelentage, Sonntag, den 2. November d. J., nachmittags 3½ Uhr (15½ Uhr), soll es seine Weihe erhalten. Die Stadtverwaltung wird zu jenem Zeitpunkt an dem Denkmal eine kurze Feier veranstalten, für die sich der Karlsruher Lehrergesangverein und die badische Polizeikapelle freundlichst zur Verfügung gestellt haben.

Das **Programm** sieht folgendes vor: 1. Choral: „Jesus meine Zuversicht" (Polizeikapelle). 2. Männerchor: „Selig sind die Toten" von Felix Mendelssohn-Bartholdy (Lehrergesangverein). 3. Weiheansprache des Oberbürgermeisters der Landeshauptstadt Karlsruhe. Daran anschließend Kranzniederlegungen. (Die Vereinsabordnungen legen ihre Kränze in stummem Vorbeigehen am Denkmal nieder; währenddessen spielt die Musik das Lied vom „guten Kameraden".) 4. Männerchor mit Orchesterbegleitung: „Deutscher Volksruf" von Jos. Reiter, instrumentiert von Dr. Heinz Knöll (Lehrergesangverein und Polizeikapelle).

Die gesamte Bevölkerung ist zu der Veranstaltung eingeladen. Auf den das Denkmal unmittelbar umgebenden Platz, der sehr beschränkt ist, kann aber nur zugelassen werden, wer eine Zutrittskarte hierfür besitzt. Solche Karten erhalten die Hinterbliebenen der Gefallenen und der Fliegeropfer sowie die Kriegsbeschädigten, dann die Vertreter der Vereine und Verbände, die sich für die Teilnahme an der Feier anmelden. Für das sonstige Publikum stehen die breiten Wege innerhalb des Kriegerfriedhofes und die Zugangswege dahin zur Verfügung (ohne Zutrittskarte). Selbstverständlich wird dabei vorausgesetzt, daß Gräber und Anlagen geschont werden. Schriftliche und mündliche Anmeldungen sind bei der Verwaltung des städtischen Verkehrswesens (im Rathaus, II. St., Zimmer Nr. 59) anzubringen.

Todesfall. Im Alter von nahezu 80 Jahren ist hier Professor a. D. Dr. **Paul Gräfenhan**, gestorben. Der Verstorbene kam 1892 als Professor an die damals neu eingerichtete Kadettenanstalt hierher, an der er bis zu ihrer Aufhebung im Jahr 1919 tätig war. Er war ein allgemein beliebter Lehrer.

Gegen die Arbeitslosigkeit. Der Ortsausschuß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes für Karlsruhe-Durlach-Ettlingen faßte eine Entschließung, worin von der Stadtverwaltung Karlsruhe die sofortige Aufstellung eines Arbeitsprogrammes gefordert wird. Wenn keine flüssigen Mittel vorhanden seien, müßten solche durch Anlehen beschafft werden. Die Entschließung setzt sich weiter dafür ein, daß mit den Vorarbeiten zum **Rheinbrückenbau Maxau** schon in diesem Winter begonnen wird.

Joh.-Strauß-Gastkonzert. K. u. k. Hofballmusikdirektor und garantiert österreichisches Orchester, dazu ein Abend leichter **„Wiener Musik"**, nach solcher Ankündigung ist es kein Wunder, daß die städt. Festhalle mehr als voll ist. Und besonders erfrischend unter den ungezählten Zuhörern wirken die vielen jungen Gesichter, denen man doch sonst so gerne nachsagt, sie hätten für einen guten alten Straußwalzer nichts mehr übrig. Denn sehr natürlich dominierte der princeps familiae, eben der einzige **Johann Strauß**, wieder im Programm, obwohl dieses — nebenbei bemerkt — in den bereitwillig gespendeten Zugaben u. a. mit Schumanns süßer Träumerei und sogar mit Boccherinis artigem Menuett sich befaßte. Trotzdem: wenn die Melodien der schönen blauen Donau aufperlten oder gleich zum Anfang die Ouvertüre „Das Spitzentuch der Königin" vorüberhuschte, gab es endlosen Beifall, und gewiß ist auch, daß gerade dabei der Stammhalter der Dynastie, der Neffe dieses Walzerkönigs, sein Bestes, nämlich Authentisches leistete. Im übrigen scheint der elegante Abkömmling trotz seiner 64 Jahre ein äußerst lebhafter Dirigent, mag er nun sehr exakt den Taktstock schwingen oder ebenso unermüdlich zur Geige greifen, wie es ja schon sein Großvater tat, mag er im Dreiviertelrhythmus oder in Zweivierteln seine Musikerschar anfeuern, die immerhin über acht erste Violinen und über eine entsprechend weitere Besetzung verfügt. Will man nicht gerade von einem denkwürdigen Erlebnis reden, so darf das Konzert gleichwohl aber als ein Abend heiterer Musikunterhaltung von bester Qualität bezeichnet und somit von einem Ereignis Bericht gegeben werden, das Johann dem Dritten und seiner selbsteigenen Kapelle einen auch über die traditionelle Bedeutung stark hinauswachsenden persönlichen Beifall eintrug.

H. Sch.

Badisches Landestheater. In Fortsetzung von Wagners **„Der Ring des Nibelungen"** geht am Donnerstag, den 16. Oktober, der „Zweite Tag" des Bühnenfestspiels mit „Siegfried" in Szene. Neu in ihren Partien sind Elfriede Haberkorn als „Erda" und Hans Ritschl als „Wanderer".

Handel und Wirtschaft

Berliner Devisennotierungen

	15. Oktober Geld	15. Oktober Brief	14. Oktober Geld	14. Oktober Brief
Amsterdam 100 G.	169.29	169.63	169.38	169.72
Kopenhagen 100 Kr.	112.40	112.62	112.46	112.55
Italien . . 100 L.	21.01	22.06	22.01	22.06
London . . 1 Pfd.	20.415	20.455	20.415	20.455
New York . 1 D.	4.2025	4.105	4.2025	4.2105
Paris . . 100 Fr.	16.467	16.507	16.468	16.508
Schweiz . 100 Fr.	81.64	81.80	81.69	81.86
Wien 100 Schilling	59.275	59.395	59.30	59.42
Prag . . . 100 Kr.	12.467	12.487	12.479	12.491

Die Lage am Devisenmarkt. In **Berlin** ließen am Dienstag die Anforderungen an Devisen wesentlich nach. Die Reichsbank dürfte nur noch etwa 10—15 Millionen Reichsmark verloren haben. Anscheinend hat der Abschluß des Überbrückungskredites namentlich im Ausland noch in günstigem Sinne nachgewirkt, während den Devisenansprüchen aus dem Inland offenbar die zunehmende Geldknappheit entgegenwirkt. Während die Reichsbank in den letzten Tagen eine neue Diskonterhöhung ständig erwog, wird durch die gestrige Entspannung am Devisen- und Wechselmarkt ein solcher Schritt einstweilen nicht zu erwarten sein.

Neue deutsche Goldsendungen nach Paris. Die Reichsbank hat am Dienstag eine 10. und 11. Goldsendung an die Bank von Frankreich im Betrage von je 35 Millionen Reichsmark abgehen lassen, wodurch der Gesamtbetrag der deutschen Goldsendungen nach Paris (ohne Devisenabgabe) auf 385 Millionen Reichsmark steigt.

Der Aktienindex. Der vom Statistischen Reichsamt berechnete Aktienindex (1924—1926 = 100) stellt sich für die Woche vom 6. bis 11. Oktober auf 94,3 gegenüber 97,7 in der Vorwoche, und zwar in der Gruppe Bergbau und Schwerindustrie auf 90,2 (94,3), Gruppe verarbeitende Industrie auf 82,8 (86,0) und Gruppe Handel und Verkehr auf 117,8 (121,0)

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Gemeinderundschau

Bürgermeisterwahl. Zum Bürgermeister der Gemeinde **Oberfischbach** (Amt Neustadt) wurde Ratschreiber Emil **Morath** mit 57 Stimmen gewählt. Der bisherige Bürgermeister Stephan Bockstaller, der 27 Jahre das Bürgermeisteramt verwaltete, erhielt 32 Stimmen.

Der **Bürgerausschuß Wiesloch** hat mit allen gegen fünf Stimmen den städtischen Voranschlag angenommen. Die Umlagesätze sind 121 Rpf für das Grundvermögen, 48 Rpf für das Betriebsvermögen und 906 Rpf für den Gewerbeertrag. Die Biersteuervorlage erschien abermals auf der Tagesordnung. Durch die frühere Ablehnung der **Biersteuer** sind der Stadt 20 000 RM verlorengegangen. Bürgermeister Dr. **Gröpple** führte in der Begründung aus, die jetzige Finanznot zwinge zur Einführung der Biersteuer. Der Gemeindehaushalt weist jetzt schon ein Defizit von 56 000 RM auf, entstanden durch die Wohlfahrtslasten, das zum Teil durch die Biersteuer gedeckt werden kann. Der Bürgerausschuß stimmte mit Mehrheit der Einführung der Biersteuer zu.

Obstruktion gegen die Triberger Voranschlag. Nachdem der Bürgerausschuß Triberg am Montag den Voranschlag mit 33 gegen 14 Stimmen und auch die Biersteuer mit 30 gegen 16 Stimmen abgelehnt hat, war auf Dienstag eine neue Sitzung anberaumt worden. Auch diese verlief ergebnislos, da das Kollegium beschlußunfähig war. Eine neue Sitzung dürfte kaum ein anderes Ergebnis zeitigen, weil der größte Teil der Bürgerausschußmitglieder gegen die im Voranschlag vorgesehene Erhöhung der Umlagen um 25 Proz. ist, und ebenso die vorgesehene Biersteuer (über 16 000 RM) ablehnt.

Der Voranschlag Müllheim. Der Gemeinderat Müllheim nahm den neuen Voranschlag für 1930/31 an. Er weist bei 640 000 RM Einnahmen einen Fehlbetrag von 113 000 RM auf. Das Defizit soll durch Reserven gedeckt werden. Die Umlage wird nicht erhöht.

Kurze Nachrichten aus Baden

Vom Hochwasser

DZ. **Mannheim**, 15. Okt. Das **Hochwasser** hat seinen **Höchststand** erreicht. Der **Rheinpegel** verzeichnete gestern 6,66 Meter. Wie vor zwei Monaten wurden auch diesmal weite Gebiete des Neckarauer Waldes und des Waldparkes, ferner das Strandbad und das Vorland am Neckar überschwemmt. Das **Neckarhochwasser** steht jetzt bis zur Mündung in den Rhein an den beiderseitigen Hochdämmen. Die Ausladeeinrichtungen bei der Friedrichsbrücke stehen tief im Wasser.

DZ. **Durlach** 14. Okt. Der frühere Polizeiwachtmeister **Reitze**, der bekanntlich am Samstag einen Selbstmordversuch unternahm, hat durch den Schuß ein Auge verloren. Sein Zustand ist aber nicht lebensgefährlich. — Das Städtische Gaswerk Durlach teilt mit, daß es nicht zutreffe, daß Angestellte des Gaswerkes gegen die Beschäftigung Reitzes Einspruch erhoben hätten.

DZ. **Heidelberg**, 15. Okt. **Carl Ludwig Pfeffer**, der Verleger des „Heidelberger Tageblattes", konnte heute seinen 75. **Geburtstag** feiern. Der Verlag war als Firma Wurm & Pfeffer gegründet worden, seit 1888 fungierte Carl Ludwig Pfeffer als alleiniger Besitzer von Druckerei und Verlag. Unter seiner Leitung hat das Unternehmen einen raschen und glücklichen Aufschwung genommen. Der Jubilar, der noch heute an der Spitze seines Geschäftes steht, ist als Zeitungsfachmann wie auch als Mensch weit und breit hoch geschätzt.

bld. **Speyer a. Rh.**, 15. Okt. Die **Reparaturarbeiten** an der bekanntlich durch ein Schiff schwer beschädigten Speyerer **Schiffbrücke** dürften etwa 4 bis 5 Wochen in Anspruch nehmen. Die Brücke muß abgebaut und im Hafen wieder vollständig neu aufgebaut werden.

DZ. **Freiburg i. Br.**, 14. Okt. Der **schweizerische Kommunist Rudolf Frei** hatte als Beauftragter der Basler Kommunistischen Sektion an einer Lörracher Demonstration teilgenommen und dabei das große Wort geführt. So hatte er u. a. den Kapitalisten angedroht, daß sie einen Kopf kürzer gemacht werden müßten. Er hatte sich wegen Aufreizung zum Klassenhaß vor dem erweiterten Schöffengericht Freiburg zu verantworten und wurde zu sechs Wochen Gefängnis verurteilt.

bld. **Schluchsee**, 14. Okt. Die beiden altbekannten Gasthäuser **Seebrugg** und **Seehof** liegen noch im **Staugebiet des Schluchsees**. Gasthaus Seebrugg wird bis zum Staubeginn, also etwa ein Jahr, bewirtschaftet werden. Das Gasthaus Seehof dagegen liegt in der Sprengzone der Schluchseesperre und muß deshalb jetzt schon vollständig geräumt werden.

Staatsanzeiger

Bekanntmachung

Errichtung einer 110 kV-Leitung von Schwörstadt nach Rhina, hier Enteignung auf den Gemarkungen Murg und Oberfäckingen.

Das Staatsministerium hat mit Entschließung vom 4. Oktober 1930 Nr. 10 478 auf Grund des Enteignungsgesetzes ausgesprochen,

1. die Grundstücke Lgb. Nr. 732 der Gemarkung Murg und Lgb. Nr. 1324 der Gemarkung Oberfäckingen werden gegen vorgängige Entschädigung der Eigentümer zugunsten der badischen Elektrizitätsversorgung AG. (Badenwerk) mit einer der Ausübung nach ganz oder teilweise übertragbaren, beschränkt persönlichen Dienstbarkeit belastet des Inhalts, daß die Grundstückseigentümer verpflichtet sind, die Benutzung der Grundstücke für den Bau, den Betrieb und die Unterhaltung einer oberirdischen Hochspannungsfreileitung für die Dauer des Bestehens der Leitungsanlage zu gestatten und dafür Sorge zu tragen, daß auf den Grundstücken keine Gegenstände irgendwelcher Art, insbesondere keine Bäume oder Anpflanzungen gehalten werden, welche die Leitungsanlage stören oder die beim Umfallen in beliebiger Richtung die Leitungsanlage berühren können;
2. die Frist zur Einleitung des Entschädigungsverfahrens wird auf zwei Wochen festgesetzt.

Karlsruhe, den 13. Oktober 1930.

Der Minister des Innern:
J. V.: Weitzel.

Bekanntmachung.

Bau einer Verbindungsstraße zwischen Waldweg und Neulichsweg in Heidelberg-Handschuhsheim; Enteignungsverfahren.

Das Staatsministerium hat mit Entschließung vom 6. Oktober 1930 Nr. 10553 auf Grund des Enteignungsgesetzes ausgesprochen, daß die Eigentümer der nachgenannten, auf Gemarkung Heidelberg im Siebenmühlental gelegenen Grundstücke verpflichtet sind, zum Zwecke der Anlegung eines Verbindungsweges zwischen dem Waldweg und dem Neulichsweg an die Stadt Heidelberg nach vorgängiger Entschädigung Teile dieser Grundstücke im nachstehend aufgeführten ungefähren Flächenmaß abzutreten, nämlich von

Grundstück	Lgb.	Nr.	14 316		93 qm
„	„	„	14 317		51 „
„	„	„	14 318	1 ar	04 „
„	„	„	14 319		98 „
„	„	„	14 320	1 ar	68 „
„	„	„	14 336	2 „	84 „
„	„	„	14 337	1 „	01 „
„	„	„	14 338	1 „	29 „
„	„	„	14 339	1 „	16 „
„	„	„	14 340		75 „
„	„	„	14 341		93 „
„	„	„	14 346	2 ar	09 „
„	„	„	14 347		98 „
„	„	„	14 349	1 ar	13 „
„	„	„	14 350	1 „	10 „
„	„	„	10 468		65 „
„	„	„	10 467		63 „

Karlsruhe, den 13. Oktober 1930.

Der Minister des Innern:
J. V.: Weitzel

Personeller Teil

Ernennungen, Versetzungen, Zurruhesetzungen usw.

der planmäßigen Beamten

Aus dem Bereich des Finanzministeriums:

Forstabteilung

Versetzt:

Forstsekretär Fritz Häusler vom Forstamt Pfullendorf nach Ebersteinburg, unter Ernennung zum Förster.

COLOSSEUM

Heute abend 8 Uhr

Abschieds-Vorstellung

des Brasilianischen Kaleidoskops

Ab Donnerstag, 16. Oktober, abends 8 Uhr

Das große Attraktions-Programm

10 Varieté-Nummern in höchster Vollendung.
Spitzenleistungen der Varietékunst

Sämtl. Nummern neu für Karlsruhe.

Bekanntmachung

Die Stelle des

Ratschreibers

Grundbuchhilfsbeamten

ist neu zu besetzen.

Es kommt nur eine Kraft in Frage, die in der Grundbuchführung durchaus erfahren ist und auch Kenntnisse im Verwaltungsdienst nachweisen kann. Besoldung nach Gruppe VII der alten Besoldungsordnung mit Aufrückungsmöglichkeit in Gruppe VIII. Bewerber wollen ihre Gesuche mit selbstgeschriebenem Lebenslauf, Nachweis der Vorbildung und Tätigkeit durch Zeugnisse nebst Lichtbild bis **20. Oktober 1930** einreichen.

Persönliche Vorstellungen sind nicht erwünscht

Wertheim, den 2. Oktober 1930

Der Bürgermeister.

Der Oberbürgermeister der Stadt B.-Baden

Ablösungsanleihe

K.655

Bei der heutigen Ziehung von Auslosungsscheinen der Ablösungsanleihe der Stadt Baden-Baden für 1930 wurden folgende Nummern gezogen:

Lit. A: Nr. 12, 15, 21, 23, 41, 48, 53, 54, 56, 64, 73, 93, 94, 104, 111, 125, 126, 127, 134, 140, 148, 151, 161, 164, 167, 172, 173, 185, 187, 199, 202, 214, 226, 230, 240, 244, 245, 251, 252, 262, 294, 299, 303, 323, 327, 337, 343, 353, 363, 1862, 1865, 1878, 1879, 1890, 1893, 1896, 1909, 1912, 1919, 1920, 1924, 1931, 2153.

Lit. B: Nr. 412, 523, 530, 533, 539, 586, 612, 622, 832, 909, 1660, 1689, 1699, 1733, 1736, 1783, 1791, 1798, 1814, 1816, 1830, 2089, 2100, 2135.

Lit. C: Nr. 881, 937, 943, 979, 991, 1012, 1030, 1076, 1096, 1134, 1162, 1166, 1971.

Lit. D: Nr. 1221, 1224, 1228, 1261, 1332, 1381.

Lit. E: Nr. 1472, 1473, 1489.

Lit. F: Nr. 1522, 1580, 1588.

Lit. G: Nr. 1639, 2189, 2207.

Die genannten Stücke werden zur Heimzahlung auf den 31. Dezember 1930 aufgerufen. Sie werden zum Fünffachen des Nennwerts mit den ab 1. Januar 1926 aufgelaufenen Zinsen nach Abzug der Kapitalertragssteuer mit folgenden Beträgen eingelöst:

Buchst. A	mit	76,56 RM	Buchst. E	mit	1225,— RM
„ B	„	153,13 RM	„ F	„	3062,50 RM
„ C	„	306,25 RM	„ G	„	6125,— RM
„ D	„	612,50 RM			

Die Einlösung erfolgt neben der Stadtkasse Baden-Baden bei den Vermittlungsstellen, die den Umtausch der Stücke besorgt haben. Mit jedem Auslösungsschein ist ein entsprechendes Stück der Ablösungsanleihe einzureichen.

Von den Ziehungen der Jahre 1927, 1928 und 1929 sind folgende Stücke rückständig:

Von 1927: Lit. B: 1707.

Von 1928: Lit. A: Nr. 49, 100, 120, 189, 191, 193, 362, 1887.
Lit. B: Nr. 428, 457, 549, 609, 683, 787, 1808, 1810, 1848.
Lit. C: Nr. 975, 1060, 1960.

Von 1929: Lit. A: Nr. 17, 57, 72, 141, 145, 153, 154, 156, 195, 216, 223, 297, 358, 1868, 1884, 1903, 1908, 1913, 1941, 2159.
Lit. B: Nr. 454, 593, 596, 615, 658, 673, 1721, 1767, 1832, 2094, 2105.
Lit. C: Nr. 946, 986, 1963.
Lit. D: Nr. 1273. Lit. E: Nr. 1443.

Amtliche Gewinnliste der Wander- und Ferienheimlotterie

Bei der am 14. Juli 1930 im alten Rathaussaal in Mannheim, unter notarieller Aufsicht stattgehabten öffentlichen Ziehung wurden folgende Nummern gezogen:

1. Hauptgewinn im Werte von 4200 RM (nach Wahl 3- oder 4-Zimmereinrichtung, 4sitzige Limousine, bei Einzellos je 1 Schwermotorrad oder je eine 2-Zimmereinrichtung) auf Nr. 12120.

Hauptgewinne im Werte von 100 RM (bei Doppellos je eine Nähmaschine, Fahrrad, Bodenteppich usw., je nach Wahl) auf die Nrn. 1940, 5966, 6319, 14561, 23247, 35325.

Gewinne im Werte von 20 RM auf die Nrn. 71, 2225, 3015, 3177, 3390, 6718, 8177, 11105, 11178, 11364, 11961, 12385, 12452, 21129, 22690, 24996, 26042, 27046, 28676, 30154, 30372, 30596, 31548, 33999, 34069, 34537, 35116, 35184, 37364, 39487, 39575, 40515, 41462, 45766, 47970.

Gewinne im Werte von 8 RM auf die Nrn. 240, 489, 634, 1375, 1679, 1761, 2049, 2295, 25.94, 3050, 3118, 3159, 3385, 3736, 3846, 3925, 3991, 4119, 4253, 4375, 4974, 6167, 6430, 6451, 6486, 6851, 7661, 8249, 8373, 8593, 8777, 8796, 9048, 9103, 9331, 9601, 9664, 9926, 9958, 9969, 10345, 10559, 10938, 10967, 11148, 11214, 11294, 11725, 11920, 12301, 12441, 12903, 12968, 13060, 13469, 13686, 13813, 14246, 14469, 14479, 14585, 15070, 15459, 15622, 15811, 16007, 16119, 16175, 16234, 16452, 16525, 16632, 16951, 17064, 17175, 17400, 17466, 17561, 17592, 17717, 17987, 18184, 18221, 18383, 18997, 19807, 20026, 20176, 20692, 20704, 20766, 21489, 22264, 22976, 24285, 24660, 24923, 25296, 25762, 26375, 26558, 26657, 28527, 28890, 29240, 29334, 29385, 30268, 30311, 30709, 31721, 31968, 33284, 33694, 33765, 34855, 34909, 35203, 35647, 36517, 36656, 36874, 37277, 37377, 38352, 38365, 38371, 38478, 39062, 39111, 39192, 39334, 39350, 39699, 39798, 39862, 40531, 41203, 41251, 41665, 44314, 44356, 44391, 45238, 45439, 45520, 45728, 45879, 46200, 47613.

Seriengewinne im Werte von 4 RM fielen auf die Nrn. 5671, 5714, 6841, 11333, 12541, 15304, 16756, 17510, 17971, 18169, 18317, 19095, 22524, 25199, 28608, 29387, 30363, 30478, 32279, 33975, 36630, 36846, 43114, 44055, 44070, 47196, 47685 und auf alle Loskummern mit den Endziffern 21, 37, 38 und 67, ausgenommen den bereits mit Gewinnen bedachten Losnummern 34537 (mit 20 RM) und Nrn. 6167, 10938, 10967, 18221, 31721, 45238 (mit 8 RM).

Da 8000 Doppellose nicht abgesetzt wurden, kamen der 2. Hauptgewinn, sowie ein 100 RM-Gewinn, auch die entsprechende Anzahl Seriengewinne, gemäß § 7 der auf dem Los bekanntgegebenen Lotteriebestimmungen, in Fortfall. — Die Gewinne waren binnen 6 Wochen nach dem Ziehungstag zu erheben; § 5 und 8 der Lotteriebestimmungen. K.654

Der Vorstand des Vereins
Landheim Lessingschule Mannheim e. V.

Badisches Landestheater

Donnerstag, 16. Okt. 1930
*D 4
(Donnerstagmiete)
Neu einstudiert

Der Ring des Nibelungen

Von Wagner
Zweiter Tag

Siegfried

Dirigent: Krips
Blank, Haberkorn, Reich-Dörich, Kiefer, Löser,
Regie: Dr. Waag
Mitwirkende:
Ritschl, Schoepflin, Strack
Anfang 18 Ende nach 22
Preise D (1—8 RM)
Fr. 17. Okt. Keine Vorstellung. Sa. 18. Okt. Scherz, Satire, Ironie und tiefere Bedeutung. So. 19. Okt. Neu einstudiert: Götterdämmerung.

PORPHYRWERK DOSSENHEIM

HANS VATTER
DOSSENHEIM A. D. BERGSTR.
LIEFERT AUS SCHLOSS- U. HECKENMARKBRUCH ERSTKLASSIGES
STRASSENBAU-MATERIAL

Städtische Sparkasse Ettenheim

Bilanz auf 31. Dezember 1929.

Aktiva	RM	Passiva	RM
Kassenbestand	8 167,13	Guthaben der Einleger	
Banken- und Postscheckguthaben	8 486,29	a) Spareinlagen	1 875 873,52
Guthaben bei Girozentralen	114 300,96	b) Giroeinlagen	96 354,60
Überziehungen auf Girokonten	829,55	c) auf Konto-Korrent-Konto	6 694,—
Darlehen in laufender Rechnung	408 404,40	d) Aufwertungseinlagen	958 811,89
Wechselbestand	174 279,33	Anleihe von der Rentenbank-Kreditanstalt	10 216,70
Feste Darlehen		Reservefonds	180 117,04
a) gegen Hypothek	858 617,12	Sonderrücklagen	10 000,—
b) an Gemeinden	133 043,85	Überschuß-Vortrags-Konto	20 000,—
c) gegen Schuldschein an Private	406 440,05	Avale 4 500,— RM	
d) Kaufschillinge	178 953,—		
e) Wertpapiere	64 785,—		
f) Betriebskapital b. d. Girozentrale	53 600,—		
Landw. Kredite von der Rentenbankkreditanstalt	10 216,70		
Zinsenrückstände	47 167,67		
Aufwertungsforderungen	627 654,34		
Aufwertungs-Abrechnungskonto	19 504,61		
Aufwertungs-Zinsen-Rückstandskonto	18 155,79		
Verwaltungsgebäude	25 000,—		
Gerätschaften	1,—		
Unkosten-Konto	460,96		
Avale 5 500,— RM			
	3 158 067,75		3 158 067,75

Gewinn- und Verlustrechnung auf 31. Dezember 1929.

Soll	RM	Haben	RM
Zinsen für Einlagen	125 175,78	Zinsen aus Aktivkapitalien	167 441,11
Rediskonto	5 917,77	Konto-Korrent-Zinsen und Wechseldiskonte	60 773,08
Verwaltungskosten	24 111,09	Gebühren und sonstige Einnahmen	598,76
Abschreibung an Mobilien	4 045,15		
dto. an Immobilien	4 624,57		
Überschüsse an Stadtgemeinde	20 000,—		
Übertrag auf Sonderrücklagen	10 000,—		
Reingewinn	34 938,59		
	228 812,95		228 812,95

Ettenheim, den 17. Mai 1930. Q.962

Der Vorsitzende des Verwaltungsrats: Marko, Bürgermeister.

Der Geschäftsleiter: Wachenheim.

Q.964. Karlsruhe. Das Vergleichsverfahren über das Vermögen des Kaufmanns **Julius Stengel**, Inhaber eines Konfektions- und Manufakturwarengeschäfts in Karlsruhe, Rabenweg 5, und die Verfügungsbeschränkung über das Vermögen des Genannten sind nach erfolgter Bestätigung des Vergleichs aufgehoben worden. Karlsruhe, den 13. Okt. 1930. **Geschäftsstelle des Amtsgerichts A 9.**

Inserieren bringt Gewinn!

Druck G. Braun, Karlsruhe